

GdS fordert Klarheit zur Zukunft der GKV

Bei einem Arbeitstreffen mit dem Leiter der Abteilung 2 Krankenversicherung im Bundesministerium für Gesundheit (BMG) Franz Knieps am 12. Juli 2006 in Berlin hat der Bundesvorsitzende der GdS Klaus Dauderstädt die massive Sorge der Beschäftigten in der gesetzlichen Krankenversicherung vor den Konsequenzen der Gesundheitsreform für ihre Arbeitsplätze zum Ausdruck gebracht.

Dauderstädt betonte, dass davon vor allem die Kolleginnen und Kollegen in den Beitragsabteilungen betroffen wären, für die der geplante Gesundheitsfonds wie eine riesige Bedrohung stünde, der ihre Arbeit aus den Kassen heraus verlagern werde.

Die Eckpunkte der Koalition vom Wochenende hätten zudem dazu beigetragen, diese Ängste noch zu schüren. Denn darin wird zunächst konstatiert, es seien „circa 30.000 Kassenmitarbeiter mit der Beitragserhebung beschäftigt“, für die nach Einrichtung der regional organisierten Einzugsstellen ab 2008 „Übergangsregelungen vorgesehen“ würden. Die GdS erwarte daher von der Bundesregierung Klarstellungen, wie es um diese Arbeitsplätze bestellt sei, wenn denn der Gesundheitsfonds käme.

Das BMG seinerseits erklärte zunächst kategorisch, dass die Reformmaßnahmen keineswegs einen Arbeitsplatzabbau zum Ziel hätten. Keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter, der augenblicklich in einer Beitrags- oder Firmenkundenabteilung einer Krankenkasse seinen Aufgaben nachgehe, habe seine Entlassung bei Schaffung des Fonds zu befürchten.

Zunächst seien die genannten Zahlen interpretationsbedürftig, weil nicht alle Beschäftigten dieser Abteilungen unmittelbar mit der eigentlichen Beitragserhebung betraut sind, die allein auf die regionalen Inkassostellen übertragen werden soll. Die meisten anderen Aufgaben aus diesem Sektor, die von der Beratung über die Betreuung der beiden Umlagen bis zur Vollstreckung reichen, bleiben auch in Zukunft in den jeweiligen Krankenkassen. Später könnten bei solchen Krankenkassen, die einen Zusatzbeitrag erheben, auch echte Einzugsaufgaben verbleiben, wenn der Vorstand diese Aufgabe im Hause behält und nicht als Auftragsgeschäft an den Fonds abgibt.

Es verstehe sich im Übrigen von selbst, dass auch die künftigen Beschäftigten der regionalen Fondsverwaltungen ganz überwiegend aus dem Kreis der Krankenkassenmitarbeiter rekrutiert würden. Es sei geplant, dass neue kassenartenübergreifende Organisationen die Arbeitgeberrolle bei den Inkassostellen übernehmen. Dabei sei noch völlig offen und in deren Hände gelegt, wie viele Standorte es gebe, wie also die Region definiert werde. Insbesondere in Flächenländern wie Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen sei mit mehreren Verwaltungssitzen zu rechnen.

Dauderstädt erinnerte an den Übergang der Betriebsprüfung auf die Rentenversicherung und mahnte nachdrücklich eine bessere gesetzliche Regelung an, die von den beteiligten Trägern umgesetzt werden könne, ohne dass die Unklarheiten auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen würden.

Knieps legte zum Abschluss des Gesprächs noch einmal besonderen Wert auf die Feststellung, dass sein Ministerium unter Sozialverträglichkeit einer Reform vor allem auch verstehe, dass die Arbeitsplätze nicht gefährdet werden. Zwar werde es nach In-Kraft-Treten der Gesundheitsreform mit Sicherheit zu Umstellungen und damit auch zu personellen Umsetzungen kommen. Politisches Ziel sei es aber dabei, den Krankenkassen stärkere Betreuungskapazitäten und Vertragsgestaltungsräume zu verschaffen, für die viele und kompetente Beschäftigte benötigt würden. Mit einem Referentenentwurf wird im September 2006 zu rechnen sein.